

Anzeiger für Sternberg-Brüel-Warin - Donnerstag,
25.03.2010

Landkreise zahlen Arztrechnungen

**120 Menschen zwischen Parchim und Grevesmühlen
ohne Krankenversicherung
Sternberg/Berlin**

Aufgrund einer Gesetzeslücke gibt es in Deutschland offenbar weiterhin tausende Menschen, die nicht krankenversichert sind. Allein in den Landkreisen Parchim und Nordwestmecklenburg sind es inzwischen 120 Frauen und Männer, für deren Arzneimittel- und Behandlungskosten die Landkreise zu 100 Prozent aufkommt.

Ein Grund: Krankenkassen können sich nach SVZ-Informationen weigern, diese Menschen als Versicherte aufzunehmen. Oftmals sind es die Ärmsten der Armen. Nach Angaben des Leiters des Parchimer Sozialamtes Harald Haase handelt es sich keineswegs um Einzelfälle. Auch Kollegen aus anderen Landkreisen stünden vor dem Problem, dass sie diese Menschen weder in die gesetzliche noch private Krankenversicherung hineinbekommen. Zwar gibt es eine Wiederaufnahmepflicht in die Versicherung. Problematisch werde es aber, wenn nicht festgestellt werden kann, wo jemand schon einmal versichert war, so der Sozialamtsleiter.

Damit die Betroffenen eine medizinische Versorgung erhalten können, springen Landkreise in die Bresche. Allein der Kreis Parchim zahlt für sie 560 000 Euro im Jahr, im Kreis Nordwestmecklenburg sind es 300 000 Euro. Wie viele Menschen es ohne Krankenversicherungsschutz derzeit konkret in Deutschland gibt, ist unklar. Aktuelle Zahlen würden erst im Jahr 2011 nach der nächsten Erhebung des Mikrozensus durch das Statistische Bundesamt vorliegen. Das geht aus einem Schreiben des Bundesministeriums für Gesundheit hervor. Darin wird auf eine so genannte Clearingstelle verwiesen. Sie sei vom Spitzenverband Bund der Krankenkassen und dem Verband der privaten Krankenversicherungen gebildet worden. Sie soll in Einzelfällen eine einvernehmliche Entscheidung über die Mitgliedschaft fällen, wenn eine Zuordnung in die gesetzliche oder private Krankenversicherung nicht möglich ist.

Was sich auf dem Papier gut liest, löst bei der Bundestagsabgeordneten Dr. Martina Bunge (Die Linke) nur Kopfschütteln aus. „Die Bundesregierung verweist die Unversicherten an eine Clearingstelle. Meine Nachfragen beim Spitzenverband der gesetzlichen Krankenversicherungen haben aber ergeben, dass dort solche Clearingstellen nicht bekannt sind.“ Das Problem, dass Menschen weder der gesetzlichen, noch der privaten Krankenkasse zugeordnet werden können, scheine an der

Regierung vollkommen vorbeizugehen. „Wir brauchen Lösungen, sowohl für die Landkreise, die bislang die Gesundheitskosten dieser Nichtversicherten tragen, wie auch für die nicht versicherten Menschen. Diese haben Anspruch auf einen Krankenversicherungsschutz“, so Bunge.

Nach Auffassung des Kreis-Fachdienstleiters von Nordwestmecklenburg Wolfgang Schröder habe der Gesetzgeber bei der Einführung der Versicherungspflicht dem Druck der Krankenkassen schlichtweg nachgegeben. Schröders Kritik: „Der Gesetzgeber sieht die Lücke, aber unternommen worden ist bislang nichts.“ Ein möglicher Grund: Viele dieser nicht versicherten Menschen stellen aufgrund von Sucht- oder Mehrfacherkrankungen ein erhebliches Kostenrisiko für Krankenkassen dar.

Michael Schmidt/ zvs